

# AUSZUG

aus der 19. Sitzung des Schul-, Sozial-, Sport- und Kulturausschusses  
am Dienstag, dem 19.06.2018.

## **4 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Altenberge hier: Protokoll des Kolloquiums vom 02.05.2018 Vorlage: 61/2018**

---

BM Paus führt den bisherigen Prozess der Schulentwicklungsplanung aus. Er merkt an, dass bereits ein langer Weg zurückgelegt worden sei. Im September 2017 sei die Firma Biregio beauftragt worden, ein zukunftsfähiges Konzept für die Altenberger Grundschullandschaft zu erstellen. Nach den Erkenntnissen von Biregio sei der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung nicht mehr haltbar gewesen, es müsse von einer generellen 5,5- bis 6-Zügigkeit ausgegangen werden. Er erinnert an die Besichtigung der Schulen und die durchgeführten Kolloquien. Auch im Zuge des Kolloquiums am 2. Mai 2018 habe es rege Diskussionen gegeben. Er fasst zusammen, dass nun eine Grundsatzentscheidung für eine oder zwei Grundschulen in Altenberge getroffen werden müsse. Danach stünden insgesamt vier Varianten zur Wahl, drei Varianten von Biregio sowie ein insbesondere von den Grünen ins Spiel gebrachter Neubau. Die insbesondere von der Schulrätin Frau Eggert favorisierten Familienflure und Schülerhäuser ließen sich am ehesten in der Variante 3 umsetzen.

RM Kißling erklärt für die Fraktion der Grünen, dass man mit dem Beratungsprozess nicht zufrieden sei. Man habe sich mehr von einer zukunftsfähigen Schule versprochen. Das Konzept einer gemeinsamen Schule sei nur in Variante 1 betrachtet worden, andere Blickwinkel seien nicht betrachtet worden. Im Anschluss an die Grundsatzentscheidung solle noch einmal neu diskutiert werden.

RM Germing bekräftigt, dass zunächst über den Grundsatzbeschluss diskutiert und abgestimmt werden solle, weitere Diskussionen sollten im Anschluss erfolgen.

RM Reifig erinnert daran, dass von Seiten der Schulleitungen der Wunsch nach zwei getrennten Schulen bestanden habe. Sie zählt die wegfallende Konkurrenz beim Anmeldeverhalten, höhere Flexibilität beim Lehrereinsatz und die OGS-Situation als Vorteile für eine gemeinsame Schule auf. Es müsse jedoch in die Zukunft gedacht werden, dies sehe sie in den Varianten nicht abgebildet. Insbesondere der steigende Betreuungsbedarf sei nicht ausreichend berücksichtigt. Hier bestehe weiterer Diskussionsbedarf. Räume müssten multifunktional genutzt werden. Weiterhin sei noch keine gute Lösung für die Lehrer- und Betreuerbereiche gefunden worden. Es solle auch die außerschulische Nutzung stärker ins Blickfeld genommen und andere Bildungsträger mit ins Boot geholt werden.

Sk.B. Dr. Weide räumt ein, dass er sich schwer mit der Entscheidung für eine oder zwei Schulen getan habe. Er weist ebenfalls auf die Vorteile einer Schule hin, stellt dem aber den Wunsch der Schulleitungen für zwei Schulen entgegen. Er weist daraufhin, dass es bislang zwei unterschiedliche Konzepte gebe und stellt die Frage nach Gemeinsamkeiten. Er kritisiert, dass die CDU in dem Zeitungsartikel vom 16.06.2018 vorgeprescht sei und dass die CDU in der Vergangenheit bereits einmal voreilig entschieden habe. Schule sei ein sensibles Thema, daher müssten Raumkonzepte sorgfältig neu überdacht werden.

RM Neumann bekräftigt, dass sich niemand die Entscheidung leicht gemacht habe. Er lobt die gute Beratung durch Biregio und die Schulleitungen. An RM Reifig gerichtet regt er an, die Diskussion über die Konzepte von der Grundsatzentscheidung zu trennen. Man habe vielfältige und umfangreiche Informationen bekommen, die erst einmal verarbeitet werden müssten. Als Reaktion auf Sk.B. Dr. Weide erklärt er, dass es legitim gewesen sei, die Meinung der CDU-Fraktion öffentlich bekannt zu geben. Die Fraktion spreche sich klar für eine gemeinsame Altenberger Grundschule aus.

RM Reer erklärt, dass auch die Fraktion der UWG eine Schule bevorzuge. Im Anschluss an diese Entscheidung müssten weitere Planungen erfolgen.

Sk.B. Schulze Thier-Post merkt an, dass es nicht Aufgabe der Politik sei, ein pädagogisches Konzept zu erstellen. RM Kißling erwidert, dass die Verwaltung jedoch alles unternehmen müsse, um die Schule dabei zu unterstützen.

RM Reifig appelliert an alle Fraktionen, dass man sich die Zeit nehmen solle, die es brauche, um ein zukunftsfähiges Konzept zu erstellen. Sie zeigt sich erfreut über fraktionsübergreifende Einigkeit in der Grundsatzfrage.

BM Paus erklärt, dass die Arbeit von Biregio grundsätzliche Ansätze liefern sollte. Es handele sich um Systemskizzen zur weiteren Arbeit. Er sieht die Notwendigkeit weiterer professioneller Beratung für die praktische Umsetzung und auch das neue Leitbild, beispielsweise durch die Montagsstiftung oder das Beratungsbüro Gebit aus Münster. Eine neue Schule bedeute nämlich auch, dass ein neues Leitbild erarbeitet werden müsse. Er verdeutlicht, dass man die Lehrerkollegien mit der weiteren Planung nicht alleine lassen wolle.

Auf Nachfrage von RM Reifig nach den Erfahrungen mit dem Tandemmodell in Greven erklärt BM Paus, dass dies an drei Grevener Grundschulen erfolgreich praktiziert werde. Die beteiligten Kollegien seien sehr gut mit dem Modell zufrieden, so dass auch die beiden anderen Schulen eine Einführung in Erwägung ziehen. Er kündigt an, die Schulleitungen und Vertreter der OGS zu einem weiteren Gespräch ins Rathaus einzuladen.

Sk.B. Dr. Weide merkt an, dass die Architektur ein Teil des pädagogischen Konzeptes sei, und dass der Umbau eines alten Gebäude nur die zweitbeste Lösung sei. BM Paus hält dem entgegen, dass aus Sicht der Kinder die Lehrperson und die beste Freundin oder der beste Freund entscheidende Faktoren für eine gute Beschulung seien. Das Gebäude spiele dabei eher nicht die entscheidende Rolle.

Herr Rosenow widerspricht in seiner Einlassung der Einschätzung von RM Reifig, dass eine Schule eine höhere Flexibilität beim Lehrereinsatz bedeute. Dieser richte sich zuvörderst nach der Anzahl der Schüler. Bei einer großen Schule sei die Verteilung umfangreicher.

Er vertritt die Ansicht, dass Ganztage ein entscheidender Punkt bei den Planungen sei. Der Besuch der Grundschule in Greven sei hilfreich und konstruktiv gewesen und er habe viele Anregungen mitnehmen können. Insbesondere die Mehrfachnutzungen von Räumen und Personal sowie der enge Austausch zwischen Lehr- und Betreuungspersonal sei aufschlussreich gewesen. Er ist überzeugt, dass dies in Altenberge jedoch noch besser umgesetzt werden könne. In den bisherigen Varianten sei dies aber noch nicht wiederzufinden.

Er weist nachdrücklich darauf hin, dass die Erstellung eines pädagogischen Konzeptes ein langwieriger Prozess von mindestens zwei Jahren sei. Es könne nicht einfach aus zwei Konzepten eines gemacht werden. Professionelle Hilfe sei dabei dringend von Nöten. Das neue Konzept müsse parallel zum laufenden Schulbetrieb entwickelt werden.

Bedenken bei der Entscheidung für eine Schule äußert er hinsichtlich des Arbeitsaufwandes für den Schulrektor. Bisher gebe es zwei Schulen mit zwei Rektoren und zwei Konrektoren. Bei einer Schule sei der Verwaltungsaufwand von einem Rektor und einem Konrektor zu schultern, da ein zweiter Konrektor bei 500 Schülern schulrechtlich nicht vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von SK.B. Schulze Thier-Post nach der Möglichkeit von Stufenleitern im Grundschulbereich antwortet Frau Plettendorf, dass es hierfür keine zusätzlichen Arbeitsstunden gebe. Herr Rosenow ergänzt, dass die Einrichtung von Stufenleitern lediglich organisatorische Gründe habe, diese jedoch keine schulrechtliche Funktion darstellten.

Frau Plettendorf äußert sich ebenfalls positiv über das Tandemmodell in Greven. Derzeit sei in Altenberge jedoch maximal ein Drittel des benötigten Raumes vorhanden. Sie äußert sich kritisch über notwendige Gebäudewechsel bei einer gemeinsamen Schule mit zwei Gebäuden. Ein neues Konzept zu erstellen, stelle eine große Herausforderung dar, da jede der beiden

Grundschulen besondere eigene Ausprägungen habe. Gemeinsames Lernen müsse in das Konzept integriert werden, das Kollegium müsse geschult werden. Sie wünscht sich Informationen, ab wann mit den Planungen begonnen werden solle, da Schulentwicklung auch im laufenden Schulbetrieb kontinuierlich erfolgen müsse. Herr Rosenow stimmt dem Wunsch nach Planungssicherheit zu.

BM Paus erwidert, dass die Grundsatzentscheidung für alle weiteren Planungen stehen müsse. Er sagt zu, dass die Gemeinde die Schulleitungen nicht alleine lassen und dass professionelle Unterstützung in Anspruch genommen werde. Er stellt in Aussicht, noch vor der Sommerpause Kontakt zu den Planungsbüros aufzunehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Zukünftig wird es eine gemeinsame Grundschule in Altenberge geben.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)**

RM Germing zeigt sich erfreut über das einstimmige Abstimmungsergebnis und wertet dies als wichtiges Signal an die Bevölkerung.

RM Kißling bekräftigt, dass die Umsetzung eine große Herausforderung darstelle und dass die Schulleitungen dabei jegliche Unterstützung bräuchten. Sie bittet die Schulleitungen in diesem Zusammenhang um kontinuierliche Rückmeldung. Herr Rosenow erklärt, dass er während des gesamten Prozesses nicht den Eindruck gewonnen habe, dass die Beteiligten es sich zu einfach gemacht hätten.

RM Germing schlägt vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, Vorschläge für die weitere Planung auszuarbeiten und Kontakt zu Fachbüros aufzunehmen.

RM Reifig hält die bislang erarbeiteten Varianten für nicht zufriedenstellend und bittet darum, ein Planungsbüro zu beauftragen. RM Reer stimmt diesem Wunsch zu.

BM Paus spricht sich dafür aus, heute noch keine Beschlussempfehlung über die Varianten an den Rat zu erteilen. Die Umsetzung des Tandemmodells bedeute einen Paradigmenwechsel bei Betreuungs- und Beschulungsmethoden. Der ganzheitliche Ansatz des Modells stelle einen zukunftsfähigen Weg dar. Es sei vorher zu prüfen, ob das Modell auf die Varianten 2 oder 3 umsetzbar ist.

Auf Nachfrage von RM Neumann erklärt Herr Rosenow, dass konkrete Zeitvorgaben wichtig für die weitere Planung seien.

RM Neumann bekräftigt, dass die weitere Konzeption nicht von der Politik ausgearbeitet werden könne. Dazu bedürfe es der Unterstützung von Pädagogen, Fachleuten und Schulleitern.

RM Germing fasst zusammen, dass Schülerhäuser und Familienflure wichtig bei der architektonischen Planung seien und dass Konzepte für eine gemeinsame Nutzung von Räumen notwendig seien, da sonst eine zweite Schule für Betreuungsangebote gebaut werden müsste. Er spricht sich ebenfalls gegen eine heutige Empfehlung an den Rat zu den Varianten und für einen Auftrag an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung aus.

**- HA / RAT / BM / FB I -**